

[In diesem Artikel](#) hinterfragt Jens Berger die Diskussion über die Höhe der Gasumlage. Kritiker vor allem aus der politischen Linken würden ein „Scheingefecht“ führen, „das an der Lösung des Gesamtproblems vorbeigeht“. Maßgeblich für den Endkundenpreis sei der aktuelle Börsenpreis, denn „seit einigen Jahren orientieren sich auch langfristige Lieferverträge über ihre Preisanpassungsklauseln an diesem Börsenpreis; nur halt zeitversetzt“. Diese seien massiv gestiegen und die Umlage nur ein kleinerer Teil der Mehrbelastung. Die Politik „zoffe“ sich dennoch darüber, „ob auf die Umlage noch Umsatzsteuern erhoben werden“. Das sei staatstragend und trage dazu bei, dass unbequeme Debatten nicht geführt werden müssten. Zum Beispiel über die Fragen, wie der Gaspreis wieder um das langjährige Mittel herum gesenkt und Energie für Industrie und Wirtschaft wieder ein bezahlbares Gut werden könnten. Wir danken für die interessanten Leserbriefe. Zusammengestellt von **Christian Reimann**.

1. Leserbrief

Liebe NDS,

es kann doch eigentlich nur eine große Volksbewegung geben , die mit der einen Forderung losmarschiert :

“Macht sofort Nord-Stream 2 auf ” !

Allein der Zufluß dieses Gases könnte die wirtschaftlichen Probleme vieler tausend deutscher Firmen und von Millionen deutschen Gaskunden lösen. Gasprom und die russische Führung hat diese Pipeline bereits mit Gas gefüllt, für viele hundert Millionen Euro liegt das Gas praktisch an der deutschen Küste an.

Nur zur Information, das überschüssige Gas , welches Russland nicht woanders verkauft bekommt, muß in Sibirien abgefackelt werden . Und in Westeuropa bevorzugt Bundesrepublik gehen gleichzeitig die Lichter und Öfen aus ...

Man muss sich das nur einmal vorstellen, dann steigt einem etwas richtig hoch, gegen diese korrupte, us-hörige, unsoziale Marionettenregierung in Berlin !

Wer jetzt noch diesen Spiegelfechtern in Regierung und Parteien – die Opposition genauso – mit wenigen Ausnahmen – vertraut , der kann nicht mehr klar im Kopf sein !

Mit wütenden Grüßen
F.Weiß

2. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

Die Situation ist einfach: Die Gasumlage soll einen Betrieb retten, hatten wir doch schon mal gehabt mit der Bankenkrise.

Der Steuerzahler ist so etwas wie ein Versicherungsunternehmer, allerdings einer der mit Verlust arbeitet.

Geht es den Betrieben gut, gibt es Übernahmen, Boni für die Betriebsführung, und Dividenden für die Aktionäre.

Betrieb in Schwierigkeiten Steuerzahler spielt Fangnetz, damit Betriebsführung und Aktionäre ihr gutes Leben nicht in Gefahr kommt.

Dazu gibt es zwei Bemerkungen:

Die Regierung zeigt nur Interesse für die Wohlhabenden.

Nach dem neoliberalen Motto: je reicher wir den Tisch decken für die Elite, um so mehr Krümel fallen unter den Tisch für die Normalbevölkerung. In der Fachsprache nennt man das Trickle down Economy. Funktioniert nicht, aber das sorgt nur die armen Kirchenmäuse.

Jeder Euro der die einfachen Bürger stecken müssen in die Inflation und Energierechnung können sie nicht für allgemeinen Konsum nutzen. Bedeutet die Wirtschaft leidet.

In der ganzen Geschichte vergewaltigt die Wirtschaft ihre eigenen Gesetze, denn nach neoliberalen Gedankengut hat der Staat sich aus der Wirtschaft herauszuhalten, somit sollen nach ihren eigenen Regeln die Betriebe sich selbst retten oder untergehen.

Mit freundlichem Gruss
Patrick Janssens

3. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

zum Thema hat [rt.deutsch](#) heute noch etwas. EU verweigert unseren Regierungsnarren die Mehrwertsteuer Ausnahme. Geld stinkt eben nicht. Nur wird das dann unbezahlbar für die meisten Menschen hierzulande.

Ich bin inzwischen Deutschland- und Europamüde. Neues muss her.

Mit unfreundlichen Grüßen und DANKE für Ihre Arbeit
Rudolf Jahn

4. Leserbrief

Sehr geehrtes NDS-Team,

diese Frage ließe sich wohl auf mehrere Elefanten erweitern. Eine weitere Frage lautet: wie komme ich als Kunde dazu den Eigentümern und Gläubigern von Gashandels- oder Gastransportunternehmen über eine Umlage ihren Profit zu finanzieren bzw. die Insolvenz zu verhindern?

Ich werde ja als Kunde auch nicht einfach so an den Unternehmensgewinnen beteiligt.

In dieser -von mir aufs Schärfste abgelehnten Wirtschaftsordnung – galt bisher trotz aller neoliberalen Schweinereien immer noch die Regel, dass bei Zahlungsunfähigkeit der Kuckuckskleber zur Resteverwertung erscheint und die Eigentümer und sonstigen Teilhaber zu aller erst in Haftung genommen werden.

Oder das Unternehmen wird für den Erinnerungswert von 1 Euro nationalisiert, ohne eine wie auch immer geartete Entschädigung für Eigentümer und Gläubiger.

Sollte diese Lösungsvariante nicht möglich sein, muss das Unternehmen in die Insolvenz geschickt werden. Man kann dann aus Steuermitteln ein neues Unternehmen aufmachen, welches die Geschäftstätigkeit der Pleitefirma übernimmt.

Die nächste Frage (Elefant!): was soll in diesem Land eine Einrichtung wie die „Energiebörse“, deren Bezeichnung schon eine Lüge in sich darstellt. Eine Börse soll laut Definition Angebot und Nachfrage zum Ausgleich bringen (mal ganz platt ausgedrückt) und zwar in einem Wettbewerbsumfeld.

Wie eine Börse in einem Monopol- oder Oligopolumfeld einen wie auch immer gearteten Nutzen erzeugen soll, erschließt sich vermutlich auch nur den selbsternannten „Experten“ in der politischen Klasse.

Mit freundlichen Grüßen
Rüdiger Siebler

5. Leserbrief

Sehr geehrtes Nachdenkseitenteam,

müsste es nicht heißen, warum erblickt niemand die Elefantenherde im Raum ?

Ich habe die Tage von meinem Stromversorger mitgeteilt bekommen, dass die Preise um 10 ct pro kWh steigen, von vorher 25 auf nun 35 ct.

Hieß es nicht, wir haben „kein Stromproblem, sondern ein Gasproblem“.

Ich befürchte auch, dass dies nur der Anfang ist bei den Energiepreisen, da tragfähige Lösungen ja noch immer nicht in Sicht sind.

Das schlimme ist, wenn die Strompreise so stark anziehen, dann wird folgerichtig auch alles andere teurer, da ohne Strom heutzutage ja nichts mehr geht.

Den größten Lacher aber habe ich diesbezügl, dann gerade noch bei SPON im Ukraine Ticker gelesen ich zitiere:

„ Der Verfassungsschutz rechnet in den kommenden Monaten mit verstärkten russischen Propaganda- und Spionage-Aktivitäten. »Russland nutzt insbesondere Fragen der Energieversorgung Europas als hybriden Hebel«, teilte das Bundesamt für Verfassungsschutz mit. Mit der gezielten Verbreitung von Falschinformationen, etwa zu Gasknappheit und Preissteigerungen, werde versucht, in Deutschland Angst vor einer möglicherweise existenzbedrohenden

Energie- und Lebensmittelknappheit zu schüren.“

Unsere Regierung scheint anscheinend sehr genau zu wissen, auf was für schlimme Zeiten wir uns zubewegen, da ist es natürlich hilfreich, schon mal jetzt in die Köpfe rein zubekommen, dass jede Kritik nur russische Propaganda sein kann.

Es werden spannende Monate, nur dass es irgendwie gut laufen wird, da fehlt mir inzwischen jede Hoffnung.

mfg
Ronny Dietzsch

6. Leserbrief

Halo Herr Berger,

zu Ihrem Artikel in den NDS:

Ich habe gestern einen Brief an das BMW und in Kopie an das Bundeskanzleramt geschrieben, in dem ich ankündigte, denen meine zukünftigen Gas- und Stromrechnungen zuzusenden und gefordert habe, mir die im Vergleich zu den bisherigen Rechnungen entstandenen Mehrkosten zu ersetzen.

Es sei dahingestellt, ob das eine Wirkung hat; aber vielleicht kommen ja auch andere Verbraucher auf diese Idee.

Hans-Peter Werner

7. Leserbrief

Die Bundesregierung legt die Lunte !

Der Merkur meldet:

„Noch gar nicht ausgemacht scheint übrigens, dass es bei den Mehrkosten durch die Gas-

Umlage bleibt. „Diese Umlage ist nicht die einzige Umlage, die es gibt“, räumte Habeck ein – wenn auch wohl die mit dem höchsten Volumen. Er nannte die Speicher-Umlage als Beispiel. Eine Verkündung werde „bald erfolgen“. Einige Umlagen seien „alt“, aber häufig „bei Null“ gelegen. Kostenpunkte wollte Habeck nicht nennen – es werde aber „deutlich nicht“ um die Höhe der Gas-Umlage gehen.“

Wir bekommen die Gas-Umlage, eine Speicher-Umlage ... wie weit will es diese Bundesregierung noch treiben?

Ich habe mich stets gegen Verschwörungstheorien gewehrt – jetzt beginne ich über deren Aussagen und Vorhersagen nochmals nachzudenken.

Ursula Reisch

8. Leserbrief

Lieber Herr Berger,

Sie sind ja einer der wenigen (neben Steck bei overton) , die sich immer mal wieder an das Energiethema auch mit etwas Rechercheaufwand herantrauen. Ich suche immer noch nach einer Quelle, in der die Energiepreisfindung einleuchtend erklärt wird.

Ist es nicht so dass der zumeist zitierte Börsenpreis den Preis angibt der für den Handel am nächsten Tag gilt?

Ist es nicht so, dass die Händler einen Teil längerfristig einkaufen, heute also das Gas verkaufen, dass sie vor 2 Jahren, also vielleicht für 30 € die MWh gekauft haben?

Stimmt es wirklich, dass der Händler, der OTC Geschäfte abwickelt – egal ob für Termincontracte oder Tageseinkäufe, den gleichen Preis bezahlt, [der an der Börse gehandelt wird](#)? Die schreiben zB, dass 3/4 des Handels nicht über die Börse läuft.

Muss uniper gerettet werden, weil sie die Gasmengen, die sie vor 2 Jahren (billig) gekauft haben nicht für den Preis verkaufen dürfen den sie für die Wiederbeschaffung heute zahlen müssen? (weil sie unflexible Verträge mit ihren Kunden abgeschlossen haben)

Oder muss uniper gerettet werden, weil sie extrem miserable Einkäufer sind, und deswegen viel zu viel am Tagesmarkt einkaufen, der ja schon etwas länger durch die Decke schießt als die Terminmarktpreise, aber vor Jahresfrist ein Eldorado für Schnäppchenjäger waren?

Bafa schreibt zum Grenzübergangspreis zB “Die in die Ermittlung des Grenzübergangspreises einfließenden Importmengen basieren hauptsächlich auf Importverträgen; Spotmengen hingegen werden in den Im- und Exporten nicht umfassend abgebildet. Von daher sind die hier zugrundeliegenden Import- und Exportmengen zur rechnerischen Bestimmung des gesamten Inlandsabsatzes von Erdgas der Bundesrepublik Deutschland nur bedingt geeignet.”

Das kann dann doch gar nicht identisch mit den Preisen sein, die an der Börse entstehen, oder wie sehen Sie das ?

Und noch eine andere Frage zu leidigen Thema Übergewinnsteuer: Werden Gewinne denn, wenn sie überdurchschnittlich hoch sind nicht sowieso höher besteuert als kleinere?

lg Burkhard Petersen

Anmerkung Jens Berger: *Lieber Herr Petersen,*

an der EEX gibt es den Spot- und den Terminmarkt. Wenn Sie beispielsweise als Stadtwerke erkennen, dass sie für den Dezember noch 50 MWh Gas benötigen, dann müssen Sie die auf dem Terminmarkt kaufen. Da gibt es dann Kontrakte für den Dezember mit dem Lieferpunkt THE, also dem deutschen Versorgungsgebiet. Wenn Sie sich verkalkuliert haben und merken, dass ihre Kunden heute mehr Gas verbrauchen als sie eingekauft haben, müssen Sie die Differenz auf dem Spotmarkt kaufen. Umgekehrt läuft es genau so. Dann können sie kurzfristige Überschüsse am Spot- und langfristige Überschüsse am Terminmarkt verkaufen.

Das betrifft beides den Anteil, der tatsächlich über die Börse ge- und verkauft wird. Der Grundstock der Versorgung wird aber über normale feste Lieferverträge abgewickelt. Diese Verträge haben aber eine „Take or Pay“ Klausel. Das heißt, Sie bezahlen die vereinbarte Menge auch dann, wenn Sie sie gar nicht abnehmen. Daher sind Versorger daran interessiert, diese festen Lieferverträge nur über die Mindestmenge abzuschließen, die sie auch wirklich loswerden. Was sie dann zusätzlich benötigen, kaufen sie über die Energiebörse. Aber auch diese traditionellen Lieferverträge richten sich beim Volumenpreis an den Börsenpreisen aus. Wie genau ist Gegenstand der Verträge und nicht öffentlich bekannt. Ich nehme aber an, dass die Preisanpassung sich auf einen längeren Zeitraum (Quartal oder Jahr) bezieht und der durchschnittliche Index am Gasmarkt hier der Faktor ist, der für die Preisanpassung entscheidend ist.

Zu Uniper: Das wirtschaftliche Problem von Uniper ist ein ganz anderes. Uniper ist

Großimporteur und die Preise für das importierte Gas werden ja anhand der Lieferverträge in (mir) unbekannten Zeiträumen angepasst. So weit, so schlecht. Die Stadtwerke, die ihrerseits Kunden von Uniper sind, sind gesetzlichen Regeln unterworfen und dürfen ihrerseits den Endkundenpreis nur in festgelegten Fristen anpassen. Daher sind die Lieferverträge zwischen Uniper und den Stadtwerken meist bis zu diesen Fristen fest und haben auch einen Festpreis. Das ist gut für Uniper, wenn die Importpreise sinken und schlecht für Uniper, wenn sie steigen. Das ist ein wenig so wie bei Hypo Real Estate und seinen langfristigen Papieren, die durch kurzfristige Kredite gegenfinanziert wurden. Im Finanzmarkt nennt man das Fristentransformation. Und genau das ist Uniper zum Verhängnis geworden. Die Einkaufspreise sind förmlich explodiert und die Verkaufspreise durfte man lt. gesetzlicher Regelung noch nicht anpassen.

Zur Übergewinnsteuer: Sicher werden alle Gewinne besteuert, aber eben nur normal. Bei der Übergewinnsteuer geht es darum, den Teil der Gewinne, der über dem langjährigen Durchschnitt liegt, massiv zu besteuern. Das Problem ist, dass gerade internationale Konzerne ihre Gewinne gar nicht im Inland entstehen lassen und so auch keine Übergewinne für den Fiskus entstehen lassen. Im schlimmsten Fall hätten wir so eine Wettbewerbsverzerrung, die globale Konzerne bevorteilt und kleinere deutsche Konzerne, die ihre Gewinne nicht verschieben können, benachteiligt. So richtig toll ist das nicht. Aber eine überzeugende Alternative kenne ich auch nicht.

*Beste Grüße
Jens Berger*

9. Leserbrief

Warum schaut niemand auf den Elefanten?

Ich schaue viel mehr auf die Berechnungen, respektive ihrer Fehler.

So ist für mich die Umrechnung auf Kilowattstunden aus Kubikmeter Gas.

Diese Rechnung geht für mich nicht auf. Offiziell ist die Umrechnung auf Kilowattstunde eine Umrechnung der Energie. Für mich wird aber Energie in Joule berechnet, und Kilowattstunden sind das Equivalent der Energie im Strom. So wird der Gaspreis an den Strompreis gekoppelt, was sehr praktisch ist um die realen Preise zu Gunsten der Gasverkäufer zu manipulieren.

Und jetzt kommt noch die Gasumlage zu den beschissenen Preisen hinzu, deren Preisanstieg nur durch Eigenverschulden der Gasverkäufer aufgrund von sinnlosen Sanktionen zustande kam.

Meine Meinung
Juerg Wyss

10. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger und Team der Nachdenkseiten:

Ihr Artikel beschreibt genau um was es derzeit geht. In der öffentlichen Diskussion werden nur Scheingefechte betrieben um von der tatsächlichen Dramatik der Situation abzulenken und der Bürger wird für dumm verkauft. Was soll das denn, erst eine Gasumlage zu beschliessen um ein Tag darauf Entlastungen für die Bürger zu versprechen. Das ist Volksverarsche und noch dazu auf einem totalen Nebenkriegsschauplatz, wie Sie Herr Berger richtig erkennen. Ich habe vor einer Woche Post von meinem Gasversorger erhalten: danach erhöht sich der Bruttopreis fürs Gas von 5.36ct auf 27,02 ct pro kwh ab 1. Okt. Und die jetzt beschlossene Gasumlage ist da noch gar nicht drin!!!. Der Grundpreis wurde nebenbei auch noch angehoben.

Da sind die 2,41 ct Gasumlage wirklich nur Peanuts und Jeder wäre froh müsste er nur das an Mehr bezahlen. Hinweisen möchte ich Sie noch auf folgenden Artikel über Gewinne bei der LNG Branche in der Berliner Zeitung ([berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/sagenhafte-profite-bei-lng-es-ist-eine-unglaubliche-arbitrage-li.257539](https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/sagenhafte-profite-bei-lng-es-ist-eine-unglaubliche-arbitrage-li.257539)) denn irgendwo müssen diese Mehrausgaben ja hinfließen.

EU makes US rich and mighty again

danke Frau von der Leyen, Herr Borell, Frau Baerbock, Herr Habeck...

ihr habt euch vorbildlich für die Interessen der USA eingesetzt und seit tatkräftig dabei die EU vollkommen wirtschaftlich, friedenspolitisch und freiheitlich, also fast in jeder Hinsicht zu ruinieren. Später wird man eventuell wieder einmal sagen können: Ja es waren vornehmlich die Deutschen, die dieses Desaster angerichtet haben.

Mein Aufruf an ihre Leser: bitte lassen Sie es diesmal nicht soweit kommen, wehren Sie

sich, machen Sie die Augen auf: Demokratie, Wohlstand und Frieden sind in höchster Weise bedroht. Sie sind der Staat, die Regierenden sind die Angestellten und haben das auszuführen was Sie verlangen- Sie selbst können niemals eine Bedrohung für den Staat sein, das wäre die Logik eines Feudalstaats, sondern die mangelnde Qualifikation des Führungspersonals ist die wirkliche Bedrohung für uns alle.

mit freundl. Grüßen: Kählig B.

Anmerkung zur Korrespondenz mit den NachDenkSeiten

Die NachDenkSeiten freuen sich über Ihre Zuschriften, am besten in einer angemessenen Länge und mit einem eindeutigen Betreff.

Es gibt die folgenden E-Mail-Adressen:

- [leserbriefe\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:leserbriefe@nachdenkseiten.de) für Kommentare zum Inhalt von Beiträgen.
- [hinweise\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:hinweise@nachdenkseiten.de) wenn Sie Links zu Beiträgen in anderen Medien haben.
- [videohinweise\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:videohinweise@nachdenkseiten.de) für die Verlinkung von interessanten Videos.
- [redaktion\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:redaktion@nachdenkseiten.de) für Organisatorisches und Fragen an die Redaktion.

Weitere Details zu diesem Thema finden Sie in unserer „[Gebrauchsanleitung](#)“.